

## **Demonstration „Die rechte Welle brechen“, 24. Februar 2024 in Stuttgart**

### **Sprecher:innen der organisierten migrantischen Bewegung**

Vor genau fünf Tagen hat sich der rechtsterroristische Anschlag von Hanau zum vierten Mal ge­jährt. Neun Migrant:innen wurden durch einen rechtsradikalen Täter ermordet.

Polizist:innen haben in der Tatnacht versagt und hinterher die Angehörigen drangsaliert. Die Ermittlungen wurden nur halbherzig aufgenommen und nicht weitergeführt, während gleichzeitig Karneval gefeiert wurde. Dabei war Hanau keineswegs ein Einzelfall! Mouhamed Dramé wurde durch eine Maschinenpistole hingerichtet, Oury Jalloh wurde gefesselt misshandelt und verbrannt, und das durch deutsche Polizist:innen. Auch bei den NSU-Morden haben die Sicherheitsbehörden mitgewirkt. Dies sind einige der vielen Höhepunkte des strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft.

Struktureller Rassismus ist für Migrant:innen auch in vielen anderen Bereichen des Lebens bittere Realität: in der Bildung durch Chancenungleichheit; als billige Arbeitskräfte, vor allem in der Leih- und Zeitarbeit; und in der Job- und Wohnungssuche. Stattdie sozialen Probleme zu bekämpfen, konzentriert man diese auf Stadtteile wie Berlin-Neukölln, Duisburg-Marxloh und Stuttgart-Zuffenhausen, die hinterher rassistisch als No-Go-Areas betitelt werden. Längerfristig findet auch hier die Gentrifizierung durchreiche Einwohner:innen statt, wodurch Migrant:innen an die Stadtrände vertrieben werden.

Vertrieben werden diese Menschen bereits aus ihren Herkunftsländern, wo im Interesse des deutschen Kapitals Waffen verkauft, Kriege geführt sowie Mensch und Umwelt ausgebeutet werden. Der türkische Staat führt seit Jahrzehnten eine rassistische Politik gegen jegliche Völker in dieser Region, insbesondere gegen das kurdische Volk. Es sind deutsche Technologien, Panzer und Gewehre, die in Kurdistan für Leid und Tod sorgen. Genauso wie in Palästina, wo wir aktuell Zeug:innen eines Genozids am palästinensischen Volk durch die rechtsradikale Regierung Israels sind. Seit 2022 haben sich deutsche Rüstungsexporte nach Israel verzehnfacht. Mit diesen Waffen wurden knapp 30 000 Zivilist:innen, davon über 12 000 Kinder und über 8000 Frauen innerhalb von viereinhalb Monaten getötet.

Gegen Rechts zu sein, sollte sich nicht nur auf Deutschland beschränken, sondern international sein. Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kritisieren, ist die Pflicht von jedem, der gegen Rechts und für Demokratie sowie Menschenrechte einsteht.

Dieberechtigte Kritik gegen die rechtsradikale Regierung Israels ist alles andere als antisemitisch. Antisemitismus ist entschieden abzulehnen und nicht zu tolerieren, aber nicht mit Antizionismus gleichzusetzen.

Allerdings wird der Vorwurf des Antisemitismus missbraucht, um jegliche Bewegungen und Menschen, die gegen den Genozid eintreten, zu verunglimpfen und zu kriminalisieren. Selbst anerkannte Menschenrechtsorganisationen, die offen den Staat Israel als Apartheid kritisieren, werden als antisemitisch abgestempelt. Gleichzeitig schüren Politiker:innen, Parteien und Medien antiarabischen und antimuslimischen Rassismus, indem sie rechte Hetze betreiben und von "importiertem Antisemitismus" sprechen. Weder ist der Antisemitismus ein importiertes Problem, noch verlassen die Opfer von Krieg, Vertreibung und Ausbeutung freiwillig ihre Heimat und riskieren dabei ihr Leben. In der Geschichte hat bis heute Rassismus immer als Rechtfertigung für wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung gedient, von der damaligen Kolonialzeit bis zum heutigen Imperialismus. Nur die Argumente und Begriffe haben sich verändert: von der Verbreitung der Zivilisation bis zur Demokratisierung in unseren Ländern; von unterentwickelten Rassen bis zu fremden Kulturen; von Deportation bis zur sogenannten Remigration.

Allen voran bedient sich die AfD an diesen Argumenten und verbreitet sie insbesondere über Soziale Medien vor allem unter jungen Leuten. Gleichzeitig plant sie bereits gemeinsam mit CDU-Funktionären und Großunternehmen ihre praktische Umsetzung, wie zuletzt durch die Correctiv-Recherchen enthüllt wurde. Dabei macht die rassistische Politik nicht nur bei Faschist:innen der AfD halt. Sie findet parteiübergreifend von der Grünen über FDP bis zur SPD statt, die nur andere Argumente bedienen:

Grünen-Chefin Ricarda Lang drängt ihre Regierung und Behörden auf schnelleres Abschieben. FDP-Vorsitzender Lindner hetzt gegen Geflüchtete und Bürgergeldempfänger:innen, verspricht soziale Kürzungen und will zugleich Milliarden in Rüstung und Konzerne stecken. Kanzler Olaf Scholz redet von Abschiebungen im großen Stil und verabschiedet mit seiner Ampelregierung das Rückführungsverbesserungsgesetz, eine mildere Version der Remigrationspläne von Faschist:innen. Und auch CDU-Vorsitzender Friedrich Merz hetzt durch Lügen über angeblichen Zahnbehandlungen für Geflüchtete, die deutschen Bürger:innen vorgezogen werden sollen. Wir wissen ganz genau, dass sich die sozialen Probleme hierzulande nicht durch rechte Hetze lösen lassen, denn: die Ursachen sozialer Ungleichheit ist nicht in der Migration zu verorten.

Die Ursache liegt in den Krisen des Kapitalismus, die zu zunehmender Verarmung und Verelendung führen. Wir sehen es an den Milliarden von Steuergeldern, die von der Regierung für Kriege, Rüstung, Banken und Konzerne ausgegeben werden. Gleichzeitig wird Sozialabbau betrieben, die Preise steigen und unsere Löhne reichen nicht mehr zum Leben. Schon in der Vergangenheit erstarkte der Nationalsozialismus unter ähnlichen Bedingungen und gelangte Schritt für Schritt an die Macht! Die Geschichte darf sich nicht wiederholen! Den rechten Entwicklungen in unserer Gesellschaft und überall anderswo müssen wir gemeinsam rechtzeitig einen Riegel verschieben, denn:

Von sozialer Ungleichheit, die durch rechte Politik weiter verschärft wird, sind wir alle betroffen, egal ob migrantisch oder deutsch. Die sich daraus entwickelnde Wut gegen die aktuellen Umstände müssen wir in Widerstand gegen dieses ungerechte System wandeln, das uns alle in Armut, Kriege und Klimawandel stürzt. Es gilt die Ursachen der Probleme zu bekämpfen, nicht die Opfer!

Dabei dürfen wir uns nicht mit reformistischen Ansätzen zufriedengeben, die nur die Oberfläche all dieser Probleme ankratzen. Wir müssen uns gemeinsam und klassenkämpferisch eine solidarische, lebenswerte Gesellschaft erkämpfen, wo der Mensch und die Umwelt im Mittelpunkt steht, nicht der Profit einzelner. Wenn wir rechte Hetze und Rassismus bekämpfen möchten, dann müssen wir gemeinsam das Problem an der Wurzel packen. Lasst uns deshalb zusammenschließen, uns in antifaschistischen sowie migrantischen Strukturen organisieren und gemeinsam die rechte Welle brechen! Solidarität heißt Widerstand, Kampf dem Faschismus in jedem Land.